

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Vertreterin Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Michael Kiesewetter

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Protokollführerin

Protokollführerin Blanca Homma

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt
beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Jasmin Meiners
beratendes Mitglied Gabriele Willich

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied (Vertretung) Susann Oelrichs

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Jörg Ratzmann

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Grundmandat Thorsten Moriß

Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann

Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton

beratendes Mitglied Ulrike Luhmann

beratendes Mitglied Matthias Rensch

beratendes Mitglied Inga Schollenberger

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.02.2023
- 4 Vorstellung des Jugendamts: "Frühe Hilfen/Präventionskette"
- 5 Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege **32/2023**
- 6 Klassenassistenzen **62/2023**
- 7 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" **512/2023**
- 8 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven **511/2023**
- 9 Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Bericht aus offener Kinder- und Jugendarbeit und Streetwork
- 9.2 Sachstand Vergabe KiTa Fedderwarden
- 9.3 Sachstand Jugendschöffenwahl
- 9.4 Integrationsfonds

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hager erklärt, dass der TOP 9.1 Bericht "Jetzt werde ich ein Schulkind!" zurückgezogen wurde. Ergänzend werde der TOP 9.5 „Integrationsfonds“ vorgeschlagen. Die Feststellung der Tagesordnung mitsamt der Änderung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.02.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.02.2023 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung des Jugendamts: "Frühe Hilfen/Präventionskette"

Anhand der anliegenden Präsentation stellt Frau Baumgart die Frühen Hilfen/Präventionskette als Teil der Abteilung „Beratung, Migration, Prävention“ des Jugendamts vor. Eines der besonders bekannten Projekte sei der Babybesuchsdienst „Willkommen in Wilhelmshaven“, wo alle Familien mit Neugeborenen besucht und beraten werden. Aktuell werden etwa 75 % aller Familien erreicht, vor der Pandemie seien es sogar 85 % aller Familien gewesen. Aktuell werde die Finanzierung des Projekts auf neue Beine gestellt.

Herr Koût, Herr Schaarschmidt, Herr Hager und Frau Biela stellen die Bedeutung des Projektes heraus. Auf Nachfrage von Frau Biela erklärt Frau Baumgart, dass in der Regel Mütter die Hauptansprechpersonen sind, jedoch auch Väter regelmäßig an den Besuchen teilhaben. Die ausgegebenen Informationsmaterialien liegen in zahlreichen Sprachen vor. Herr Prof. Dr. Weithöner erfragt, inwiefern diese Leistungen vom Haushaltssicherungskonzept bedroht seien. Herr Ratzmann erklärt nach Rücksprache mit Frau Hacke, dass die Stellen aktuell zu 100 % aus Fördermitteln finanziert werden.

5 Neufassung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege **32/2023**

Herr Hager gibt für den TOP 5 die Sitzungsleitung an Frau Heide ab.

Herr Schönfelder leitet den TOP ein, indem er an die fünf Kritikpunkte, die in der vergangenen Sitzung diskutiert wurden, erinnert: 1. Großtagespflege – diese werden von der vorliegenden Beschlussvorlage nicht berührt. Hierzu erarbeite die Verwaltung eine Auswertung und einen Vorschlag für die Fortführung. 2. die Erhöhung der Sachkosten, 3. die Krankheitstage, 4. der Nachweis über geleistete Stunden und 5. Die Staffelung der Elternbeiträge bei einem Einkommen über 35.000 €. Herr Ratzmann stellt die überarbeitete Satzung anhand einer Präsentation vor, hierbei sei ein Sachkostensatz von 1,78 € pro Kind pro Stunde vorgesehen, 11 Krankheitstage der Tagespflegeperson sowie 20 Kinderfehltage und eine Staffelung der Elternbeiträge bei einem Einkommen über 35.000 €. Der Nachweis über geleistete Stunden sei unbürokratisch: Neben 2 Unterschriften im Jahr erfolge lediglich eine stichprobenartige Kontrolle. Der Aufwand sei für beide Seiten minimal und beinhalte eine Gleichbehandlung mit den KiTas.

Frau Stomberg fordert die Beibehaltung von Pauschalzahlungen und die Erhöhung der Kinderfehltage. Frau Margowski-Möhlmann bestärkt dies und ergänzt, es sei der falsche Zeitpunkt um an Kindertagespflege zu sparen.

Herr Prof. Dr. Weithöner äußert Irritation über die großen Differenzen zwischen den Vorschlägen der Kindertagespflegepersonen und der Verwaltung. Herr Schönfelder erklärt, dass es der Verwaltung nicht möglich sei, einen Vorschlag vorzulegen, der allen gefalle. Der Vorschlag beinhalte bereits eine starke Steigerung der Sätze und es müsse ein Spagat gehalten werden zwischen den Wünschen und der Haushaltslage. Auch die Relation zu der Finanzierung der KiTas müsse bewahrt werden.

Weiterhin erkundigt sich Herr Prof. Dr. Weithöner, warum die Berechnung des Einkommens nur auf 10 Monate ausgelegt seien, wohin die 600.000 € Mehrkosten fließen, wenn von einem „Sparmodell“ gesprochen werde und warum in den Einnahmen-Überschuss-Rechnungen der Kindertagespflegepersonen der Elternbeitrag keine Berücksichtigung finde.

Herr Ratzmann erklärt, dass die Mehrkosten in die Kindertagespflege fließen und die Berechnung nur auf 10 Monate ausgelegt sei, weil bereits acht Wochen Urlaubs- und Ausfallzeiten berücksichtigt worden seien. Weiterhin beziehe sich die Berechnung lediglich auf 4 Wochen pro Monat, rechnerisch seien also weitere 0,3 Wochen pro Monat in der Berechnung unberücksichtigt, die ebenfalls bezahlt werden. Dazu komme noch der Elternbeitrag. Weiterhin seien die Kindertagespflegepersonen auch steuerlich begünstigt und Tagespflegepersonen können privatrechtliche Verträge mit den Eltern schließen, um Kinderfehlzeiten von mehr als 20 Tage finanziert zu bekommen. Frau Schneider gibt zu bedenken, dass dies zu der Frage führe, ob Eltern sich leisten können, ihre Kinder zuhause zu behalten. Der Elternbeitrag könne von vielen finanzschwachen Eltern nicht geleistet

werden. Sie befürchtet, dass die Rückforderungen bei nichtgeleisteten Stunden die Tagespflegepersonen finanziell belasten. Herr Schönfelder kritisiert, dass die Elternbeiträge nicht offen kommuniziert werden, der Verwaltung sei durchaus bekannt, dass die Einnahmen bestehen. Herr Ratzmann erinnert daran, dass Krippen ebenfalls Geld kosten.

Herr Baruschke stimmt Frau Margowski-Möhlmann zu und ergänzt, dass die Elternbeiträge bereits jetzt eingenommen werden und somit nicht als Verbesserung gewertet werden können. Er erachtet eine deutliche Steigerung als notwendig.

Herr Koût und Herr Prof. Dr. Weithöner appellieren für eine sachliche Diskussion.

Herr Suberg gibt zu bedenken, dass über eine Änderung diskutiert werde, die die Situation verbessere und nicht verschlechtere.

Frau Dr. Haarmann appelliert, lösungsorientiert zu diskutieren und einen Kompromiss zu finden und erklärt, dass auch bei den KiTas Bedenken hinsichtlich der Spitzabrechnung bestanden, diese nun jedoch auch Vorteile mit sich bringe. Weiterhin sei auch in KiTas und Krippe der Fall, dass Eltern die Ausfallzeiten ihrer Kinder finanzieren.

Zu den Bedenken hinsichtlich der Großtagespflegestellen ergänzt Herr Ratzmann, dass aktuell daran gearbeitet werde, diese im Rahmen von Kleinsteinrichtungen unter dem Träger „Wachsen und Werden“ fortzuführen. Herr Schönfelder pflichtet bei, dass es sehr im Interesse der Stadt sei, eine gute Lösung zu finden.

Herr Hager bringt den anliegenden Änderungsantrag hervor. Herr Schaar, Herr Suberg und Herr Prof. Dr. Weithöner erklären, dass ihnen nicht ausreichend Informationen vorliegen, um dem Antrag zuzustimmen. Insbesondere Mehrkosten durch den Antrag seien unklar. Hinsichtlich einer Vertagung der Abstimmung erklärt Herr Schönfelder, dass eine schnellstmögliche Abstimmung erbeten werde und die Möglichkeit der Enthaltung im Jugendhilfeausschuss bestehe, da bis zur Ratssitzung in der kommenden Woche die Fraktionen beraten können. Herr Prof. Dr. Weithöner bittet um eine Einzelabstimmung der Punkte, Herr Schaar ergänzt, dass bis zur Ratssitzung auch die Bezifferung der Mehrkosten notwendig sei.

Einzelabstimmung

1. Ersetzen des §4(1) Punkt 1: Sachaufwand in Höhe von 2,20 € pro Kind und Betreuungsstunde.

-einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung-

2. Änderung des §5(3) Satz 1: Die laufende Geldleistung wird bis zu maximal 30 Ausfalltage bei einer nachgewiesenen Erkrankung der Kindertagespflegeperson weitergezahlt.

-einstimmig zugestimmt bei fünf Enthaltungen-

3. Ersetzen des §5(4): Bei Ausfallzeiten des Kindes wegen Krankheit erfolgt eine Fortzahlung der Geldleistung. Bei Ausfallzeiten des Kindes wegen Urlaub erfolgt eine Fortzahlung der Geldleistung für die Dauer von maximal drei Betreuungswochen innerhalb eines Kalenderjahres.

-einstimmig zugestimmt bei fünf Enthaltungen-

4. Neu §4(9): Für den Fall, dass Einrichtungen aufgrund von Quarantänen oder ähnlichen Zuständen für den Gesundheits- und Infektionsschutz schließen müssen, wird die Geldleistung weitergezahlt.

-einstimmig zugestimmt bei fünf Enthaltungen-

5. Ersetzen des §5(2): Der Förderbeitrag wird, nach Erstellung eines Bewilligungsbescheides, monatlich zum ersten eines Monats an die Kindertagespflegeperson als Abschlag ausgezahlt. Ausfalltage sind binnen einer Woche dem FAKIS zu melden. Ausfalltage im Sinne dieser Satzung sind alle Tage, an dem kein Kind in der Einrichtung erscheint. Für diese Ausfalltage wird keine Geldleistung gezahlt.

-einstimmig zugestimmt bei fünf Enthaltungen-

6. §8 neu Absatz (1): Diese Satzung wird alle zwei Jahre durch die Stadtverwaltung auf ihre Aktualität überprüft und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt.

-einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung-

Beschluss des Ursprungsantrags mitsamt der Änderungen aus dem Änderungsantrag:

-einstimmig zugestimmt bei fünf Enthaltungen-

6 Klassenassistenzen

62/2023

Herr Kurbjeweit stellt die Beschlussvorlage 62/23 vor. Frau Weinstock erkundigt sich, was mit Kindern ist, die auf Einzelbetreuung angewiesen sind. Herr Kurbjeweit ergänzt, dass in diesem Fall der Rechtsanspruch weiterhin bestehe. Herr Schönfelder sieht Einsparpotenziale durch das Projekt. Herr Ratzmann erklärt, dass er keine Einsparung erwarte, eher eine Stabilisierung der Zahlen. Er sieht das Projekt als ein Vorreiterprojekt hinsichtlich Inklusion.

Herr Schmacker habe einen Brief verfasst, in dem er auf die Relevanz von Klassenassistenzen an der OBS Stadtmitte hingewiesen habe. Herr Kurbjeweit erklärt, dass eine schrittweise Erweiterung vorgesehen sei und die OBS Stadtmitte aufgrund verschiedener Herausforderungen zu einem späteren Zeitpunkt in den Blick genommen werde. Frau Oelrichs bedauert dies und wünscht sich, dass die Schulleitungen bei diesen Entscheidungen stärker einbezogen werden. Insbesondere für die temporäre Lerngruppe an der OBS Stadtmitte sei eine Klassenassistentin nötig.

Herr Schönfelder erinnert daran, dass das Konzept der temporären Lerngruppe umstritten sei. Herr Kurbjeweit erklärt, dass das fragile System ein schrittweises Vorgehen vorsehe.

Herr Prof. Dr. Weithöner stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung.

-mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme-

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung-

1. Das Projekt Klassenassistenzen an der Grundschule Sengwarden und der Oberschule Paul-Hug-Straße wird ab dem Schuljahr 2023/2024 verstetigt.
2. Das Konzept der Klassenassistenzen wird ab dem Schuljahr 2023/2024 auf folgende Schulen mit den in der Begründung genannten Wochenstunden ausgeweitet:
 - Grundschule Voslapp
 - Grundschule Finkenburgschule
 - Ganztagesgrundschule Rüstersiel
 - Grundschule Wiesenhof
 - Grundschule Stadtmitte
 - Integrierte Gesamtschule Wilhelmshaven, Jahrgang 5

- 7 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfung der Voraussetzung für die Unterzeichnung der "#positivarbeiten Deklaration" **512/2023**

Beschluss:

-zurückgezogen-

- 8 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Auftragsvergabe und Beschaffung der Stadt Wilhelmshaven **511/2023**

Beschluss:

-zurückgezogen-

- 9 Mitteilungen und Anfragen

- 9.1 Bericht aus offener Kinder- und Jugendarbeit und Streetwork

Herr Gerjets gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Arbeit der Jugendpflege. In der Freizeitstätte am Krähenbusch, Freizeitzentrum Nord und Point herrsche seit etwa einem Jahr wieder Normalbetrieb. Alle Häuser seien gut besucht. Das Freizeitzentrum Nord habe seit dem vergangenen Jahr ein neues Team. Auch Abenteuerspielplatz, Streetwork, ProAktiv und das Projekt gegen Wohnungslosigkeit werden aktuell sehr intensiv genutzt. Weiterhin zähle auch die Jugendverbandsarbeit mit THW, Feuerwehr, Pfadfindern und Vereinen zur Jugendpflege. Auch hier gebe es einen großen Zulauf, während Ehrenamtliche oft fehlen.

Die Angebote in haushaltsloser Zeit aufrecht zu erhalten sei eine große Herausforderung. Im Vergleich zum letzten Jahr bestehen beispielsweise für das Ferienprogramm kaum Fördermöglichkeiten.

Herr Schaar erkundigt sich, ob unter den Fachkräften der Jugendpflege Sorge hinsichtlich der finanziellen Lage bestehen, da es sich größtenteils um freiwillige Leistungen handle. Herr Gerjets erklärt, dass die Mitarbeitenden sich sorgen und hofft darauf, dass ihnen bald Sicherheit gegeben werden kann. Herr Ratzmann ergänzt, dass das alle Mitarbeitenden betreffe, die im Bereich der freiwilligen Leistungen arbeiten und ergänzt dass es fatal wäre, in diesem Bereich zu sparen. Herr Schönfelder erklärt eindringlich, dass es sich lediglich um eine Liste der freiwilligen Leistungen handle, die geprüft werden solle und keineswegs als Vorschlagsliste behandelt werden dürfe. Herr Suberg pflichtet Herrn Ratzmann bei und erfragt, inwiefern auf Sponsorengelder zurückgegriffen werden könne. Herr Gerjets sieht das zwiespalten, punktuell werde dies gemacht, er warnt jedoch davor, sich in eine Abhängigkeit zu begeben.

9.2 Sachstand Vergabe KiTa Fedderwarden

Herr Ratzmann erklärt, dass seitens des Jugendamts der Bedarf für KiTa-Plätze belegt wurde und die nächsten Schritte in der Hand von GGS lägen.

9.3 Sachstand Jugendschöffenwahl

Frau Homma erklärt, dass nach mehreren Pressemitteilungen und Anschreiben an Parteien und Fachpersonen aktuell 53 Vorschläge vorliegen. Der Jugendhilfeausschuss soll 68 Personen vorschlagen. Insofern appelliert Frau Homma, weitere Vorschläge einzureichen.

Herr Schaar fragt, ob sichergestellt werden könne, dass keine rechtsradikalen Personen vorgeschlagen werden. Frau Homma erläutert, dass die Aufnahme auf die Vorschlagsliste keine Gesinnungsprüfung beinhalte. Herr Suberg schlussfolgert, dass es viele Bewerbungen brauche, um eine Unterwanderung auszuschließen.

9.4 Integrationsfonds

Herr Schönfelder erklärt, dass zum 31.03. der Antrag für den Integrationsfonds gestellt werde, der eine Fortführung bestehender Projekte beinhalte. Herr Päsler stellt die dadurch finanzierten Projekte dezidiert vor. Dazu zählen, MIQUA, Ausbau und Koordination des Sprachmittlerpools, Caritas Integrationslotsen, Schlaukopf, mobile Gemeinwesenarbeit sowie ein interreligiöses Frauen-Gartenprojekt. Insgesamt sind das Projektausgaben von 1,33 Mio. €, sodass der Verfügungsrahmen sehr gut ausgeschöpft werde.

gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez.

Hager
Vorsitzender

gez.

Homma
Protokollführerin